



Zürich, 30. November 2023

Medienmitteilung

Vergabe Forschungsauftrag: Zur Rolle der Fürsorgebehörden der Stadt Zürich in Zusammenhang mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Die Stadt Zürich arbeitet ihre Rolle im Zusammenhang mit Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen auf. Die Vergabe für den entsprechenden historischen Forschungsauftrag ist nun erfolgt.

Für die historische Aufarbeitung der spezifischen Rolle der Stadt Zürich im Zusammenhang mit fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen wurde im April dieses Jahres ein Auftrag im offenen Verfahren im Nichtstaatsvertragsbereich ausgeschrieben. Per 31. Oktober 2023 konnte dieser Auftrag nun an drei renommierte Historiker*innen mit ausgewiesener Expertise in der Thematik vergeben werden. Dr. Tanja Rietmann vom Interdisziplinäres Zentrum für Geschlechterforschung IZFG an der Universität Bern wird die Leitung des Forschungsteams übernehmen, Dr. Sara Galle vom Institut Integration und Partizipation an der Hochschule für Soziale Arbeit, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW und Dr. Rahel Bühler vom Institut für Kindheit, Jugend und Familie am Departement für Soziale Arbeit an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW ergänzen das Team mit ihrer Expertise. Zum Forschungsteam gehören auch Betroffene, die als Co-Forschende aktiv im Projekt mitwirken.

Fokus der Forschung

Basis für die Ausschreibung war eine Vorstudie unter der Leitung von Prof. Dr. Martin Lengwiler, Historiker an der Universität Basel. Diese hatte bestehende Forschungslücken identifi-



2/2

ziert und bereits erste quantitative Angaben zu Betroffenen, Akteur*innen und Verflechtungen zwischen den Stadtzürcher Fürsorgebehörden, Heimen und Arbeitserziehungsanstalten aufgezeigt. Der Fokus der Forschung soll nun entsprechend auf der Untersuchung der Behördenpraxis, den personenbezogenen Handlungsspielräumen und den informellen Machtstrukturen innerhalb der damaligen Stadtzürcher Fürsorge (heute Sozialhilfe) liegen. Darüber hinaus sollen sich auch die von dieser Praxis betroffenen Menschen mit ihren persönlichen Lebensgeschichten einbringen können.

Die partizipativ ausgerichtete Forschung startet im Februar 2024, ist auf rund drei Jahre festgelegt und hat ein Kostendach von 450'000 Franken. Geplant sind Interviews und Workshops mit Betroffenen und Beteiligten. Informationen dazu erfolgen im Mai 2024.

Hinweis an die Redaktionen:

Weitere Auskünfte erteilt Nicole Mylonas, Direktorin Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV heute von 10.30 bis 12.00 Uhr. Medienschaffende melden sich bitte unter T +41 44 412 60 60.